

---

## Der Bund als Holding

30.11.2010 | 00:37 | Herwig Hösele (Wirtschaftsblatt)

Föderalismus-Diskussion muss mehr als "Bundesländer-Bashing" sein. Die Bundesländer sind Verschwender und Blockierer zugleich. Wenn man den Föderalismus zurückstutzt, kann die Republik endlich saniert werden. So oder so ähnlich ertönt es in den letzten Wochen im Chor von Politik, Sozialpartnern und Medien.

Richtig daran ist, dass der Föderalismus in Österreich durch viele Doppelgleisigkeiten und Kompetenzersplitterungen falsch und teuer organisiert ist. Richtig ist, dass gewisse Positionen von Ländern und Landesfürsten ungeschickt formuliert sind und für eine oberflächlich geführte politische Diskussion völlig unverständlich sind.

Alles Steuergelder. Einige Relationen sollten aber beim schicken Bundesländer-Bashing nicht übersehen werden: Selbst wenn die Bundesländer abgeschafft werden, wird der Gesamtstaat nicht saniert. Die Schulden der Länder betragen nur zehn Prozent derer des Bundes, die aufsummierten Budgets aller Länder und Gemeinden belaufen sich auf ein Drittel des Bundesbudgets. Was die Ausgaben betrifft: Es sind nicht die Mittel des Bundes, die in den Ländern verprasst werden, sondern es handelt sich um die Steuergelder der Bürger, die nach einem im Bundesparlament beschlossenen Finanzausgleich vergeben werden. Ein richtiger und wichtiger Schritt wäre freilich, Ausgaben- und Aufgabenverantwortung immer in eine Hand zu geben. Und die Bundesländer sollten sich nicht scheuen, selbst Verantwortung für ihren Teil an Steuern zu übernehmen.

Lehrerdiskussion. So könnte auch das leidige Schulbürokratie-Dilemma gelöst und die Streiterei, ob die Länder auf "Bundeskosten" jetzt zu viele Lehrer beschäftigen, aufgelöst werden. Die Länder bekommen einen gewissen Betrag zugewiesen - wenn sie mehr brauchen, müssen sie selbst dafür sorgen. Aber es wird wohl niemand ernsthaft bezweifeln, dass Innsbruck besser als Wien beurteilen kann, welchen Schul- und Lehrbedarf beispielsweise das Ötztal hat. Gleichzeitig kann man eine Parallelstruktur einsparen - gegenwärtig gibt es in jedem Bundesland eine Schulabteilung des Landes und die Bundessonderbehörde "Landesschulrat". Durch ihre Eingliederung in die Landesbürokratie durch die bewährte österreichische mittelbare Bundesverwaltung, bei der das Ministerium ohnehin das Weisungsrecht hat, fällt eine Verwaltungsebene weg. Es gibt damit eine schlankere Verwaltung und dennoch einheitliche Bildungsstandards in Österreich.

Denn es wäre eine Themenverfehlung, wenn man Schulverwaltung und Lehrerdienstrecht mit den drängenden bildungspolitischen Fragen verwechselt - die von der frühkindlichen Pädagogik über die Schule der Zehn- und 14-Jährigen und dem ausreichenden Ganztagesangebot bis zur Studienplatzfinanzierung an den Unis und der einheitlichen Pädagogenausbildung reichen.

Krankes System. Eine föderalistische Baustelle noch viel größeren finanziellen Ausmaßes ist das Gesundheitswesen, wo neben den Gebietskörperschaften die Sozialversicherungen, die Ärzte und die Pharma-Industrie hinzukommen. Es geht da nicht nur um die Spitalsfinanzierung, sondern um die gesamte Versorgungskette vom niedergelassenen Arzt, Ärztezentren, die rund um die Uhr erreichbar sind, bis hin zu den mobilen Diensten und der Pflege.

Prinzipiell sollten dezentrale Einheiten effizienter und menschlicher sein, wenn es eine klare Steuerung gibt. Der Bund sollte unter Einbeziehung der immer dominanter werdenden europäischen Ebene als strategische Holding agieren, Länder und Gemeinden wären in diesem Bild die bürgernahen operativen Gesellschaften.

Wahlfrei. Auch wenn der Optimismus angesichts der jahrzehntelangen Debatten und der abschreckenden Politrituale nicht sehr groß ist: Die wahlfreien Jahre 2011 und 2012 sollten endlich für ein Reformkonklave genützt werden. So kann Politik durch Leadership wieder Ansehen und Attraktivität gewinnen und der Standort Österreich im globalen Wettbewerb in bessere Verfassung gebracht werden.

IHRE MEINUNG AN: ISABELL WIDEK

---

© Wirtschaftsblatt.at